

Bund fördert Tierfabriken

108 Millionen Euro Bürgschaften für Export von Anlagen

Berlin (wk). Der Bund fördert den Export von in Deutschland verbotenen Tierhaltungsanlagen durch sogenannte Hermes-Garantien nach Medienberichten wesentlich stärker als bislang bekannt. In der seit 2009 laufenden Legislaturperiode seien 19 Kreditgarantien für Exporte deutscher Stallanlagenbauer mit einem Volumen von rund 108 Millionen Euro genehmigt worden, unter anderem für Legehennenanlagen in der Ukraine, in Weißrussland und Usbekistan, berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (FAZ). Dies gehe aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion hervor, die der Zeitung vorliegt. Nach Informationen des Norddeutschen Rundfunks hatte der Bund in der Legislaturperiode von 2005 bis 2009 den Export von Tierhaltungsanlagen lediglich mit Hermes-Bürgschaften über zehn Millionen Euro abgesichert – nicht einmal einem Zehntel der seitdem bewilligten Summe.

Pikant ist die Sache deshalb, weil nach Recherchen des NDR-Magazins „Panorama 3“ mehrfach Anlagen exportiert worden sind, die in Deutschland und der EU seit dem 1. Januar dieses Jahres ausdrücklich verboten sind. Allein auf diese Tierfabriken entfallen laut NDR staatliche Garantien im Umfang von 31,6 Millionen Euro – und dies, obwohl das Bundeslandwirtschaftsministerium sich zuletzt nachdrücklich für die Einhaltung des Verbots in der gesamten EU eingesetzt hatte.

Das für den Tierschutz verantwortliche Landwirtschaftsministerium wurde jedoch bei keinem der Prüfverfahren konsultiert, schreibt die FAZ. Das Wirtschaftsministerium habe im Fall der ukrainischen Anlagen darauf verwiesen, dass durch die Deckungen Arbeitsplätze in Deutschland gesichert würden.

Bislang war laut FAZ lediglich bei zwei Hermes-Deckungen für Legehennenanlagen in der Ukraine bekanntgeworden, dass die Tiere dort in Käfigen gehalten werden sollen, deren Größe weder deutschem noch europäischem Recht entsprechen. Abgesehen von einem Fall, in dem EU-Richtlinien erwähnt werden, verweise die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme darauf, dass als Prüfmaßstab für die Genehmigung der weiteren Bürgschaften die Umweltleitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) maßgeblich waren.

„Die Anlagen entsprechen durchgängig weder deutschem noch EU-Recht“, kritisierte Friedrich Ostendorff, agrarpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion im Bundestag. Er fordert den „sofortigen Stopp von Hermes-Bürgschaften für Tierfabriken“; die Garantien werden fällig, falls der Auftraggeber seine Rechnungen nicht zahlt. Die Namen der Exporteure und der Importeure wurden in den Antworten der Bundesregierung übrigens nicht genannt, aus Rücksicht auf „Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse“.